



# Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 24. bis 27. Februar 2014

[20-02-2014 - 15:12]

## Plenartagung

- Debatte über die Situation in der Ukraine** ..... 3  
Die politische Situation in der Ukraine steht am Mittwoch Nachmittag im Mittelpunkt einer Debatte mit Kommissar Füle und dem griechischen Minister Kourkoulas. Die Abgeordneten stimmen am Donnerstag über eine entsprechende Entschließung ab.
- Tabakrichtlinie vor endgültiger Abstimmung im Parlament** ..... 4  
Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über neue Vorschriften ab, die Tabak weniger attraktiv für junge Menschen machen sollen. Sie fordern in dem bereits mit den Mitgliedstaaten vereinbarten Text, dass Verpackungen von Tabakprodukten künftig zu 65% mit Warnhinweisen bedeckt sein müssen. E-Zigaretten sollen entweder als Arzneimittel behandelt werden, wenn sie als vorbeugendes oder heilendes Erzeugnis beworben werden, oder als Tabakprodukte.
- EU-Hilfen bei Armut: Unterstützung für stark benachteiligte EU-Bürger 2014-2020** 5  
EU-Hilfen für die am stärksten von Armut betroffenen Bürger werden aufgrund der Bemühungen des Parlaments bis 2020 verlängert und weiterhin 3,5 Milliarden Euro umfassen. Eine entsprechende informelle Einigung mit dem Ministerrat steht am Dienstag zur Abstimmung und soll gewährleisten, dass der Fonds unverzüglich voll einsatzfähig ist - rückwirkend zum 1. Januar 2014.
- Betrugsbekämpfung: Beschlagnahmung unrechtmäßiger Vermögen soll einfacher werden** ..... 6  
EU-weite Regeln, die es den Mitgliedsstaaten erleichtern sollen, die Vermögenswerte von Kriminellen aufzuspüren, sicherzustellen, zu verwalten und einzuziehen, stehen am Dienstag zur Abstimmung. Heutzutage werden weniger als 1% der Erlöse aus Straftaten wie Drogenhandel, Geldfälschung, Menschenhandel und Kleinwaffenschmuggel eingefroren und beschlagnahmt.
- CO2-Emissionen: Umweltfreundlichere Autos bis 2020** ..... 7  
Der CO2-Emissionsgrenzwert für neue, in der EU verkaufte Autos soll von 130g/km im Jahr 2015 auf 95g/km bis zum Jahr 2020 gesenkt werden, so der Gesetzesentwurf, über den am Dienstag abgestimmt wird. Der Text, der bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart wurde, ebnet zudem den Weg für weitere Reduktionen nach 2020 und sorgt für die Einführung eines neuen Abgastest-Protokolls, welches den tatsächlichen Fahrbetrieb besser widerspiegelt.
- Abstimmung über lebensrettende Notrufsysteme für Autos** ..... 8  
Notrufgeräte, die Rettungsdienste bei Autounfällen automatisch benachrichtigen, müssen ab Oktober 2015 in allen neuen Auto- und Lieferwagenmodellen installiert sein, so ein Gesetzesentwurf, über den am Mittwoch abgestimmt wird. Die sogenannte "eCall"-Technologie würde über die Notrufnummer 112 Rettungskräften ermöglichen, Unfallorte schneller zu erreichen, mehr Leben zu retten und die Anzahl von Verletzten zu reduzieren.
- Versicherungen: Abgeordnete fordern Ende des Kleingedruckten** ..... 9  
Am Dienstag debattiert das Parlament über eine Neufassung der EU-Richtlinie über die Beratung von Versicherungskunden. Die Abstimmung ist für Mittwoch geplant. Die neuen Regeln sollen die bestehenden Vorschriften weiter vereinheitlichen und dazu führen, dass Kunden beim Versicherungskauf nicht mehr durch unfaire oder verfälschte Informationen, Kleingedrucktes oder irreführende Werbeaussagen getäuscht werden.
- Zukunft der Beziehungen zwischen EU und Schweiz** ..... 10  
Am Mittwochmorgen debattieren die Fraktionsvorsitzenden über die Konsequenzen des Schweizer Referendums vom 9. Februar für die Beziehungen zwischen Schweiz und EU. Die Schweizer hatten mit einer Mehrheit von 50,3 Prozent beschlossen, die Einwanderung zu begrenzen.



# Plenartagung

<b>Feierliche Sitzung mit dem tschechischen Präsidenten Miloš Zeman</b> . . . . .	11
Der Präsident der Tschechischen Republik Miloš Zeman wird am Mittwoch um 12:00 Uhr eine Ansprache vor dem Plenum halten. Zeman, der von 1998 bis 2002 Ministerpräsident war, wurde im März 2013 der erste direkt gewählte Präsident der Tschechischen Republik.	
<b>Die EU soll attraktiver für ausländische Studierende und Forscher werden.</b> . . . . .	12
Die EU soll bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Studenten, Forscher, Praktikanten, Freiwillige, Schüler und Au-Pairs aus Drittländern schaffen und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten erhöhen, so der Gesetzentwurf, über den das Parlament am Dienstag abstimmt. Die Abgeordneten wollen Forschern und Studenten die Möglichkeit bieten, zusätzliche eineinhalb Jahre in der EU zu bleiben, um ein Unternehmen aufzubauen oder einen Job suchen zu können.	
<b>Bahnreform: Förderung des Personenverkehrs durch Marktöffnung.</b> . . . . .	13
Am Dienstag debattieren die Abgeordneten über die Verbesserung des nationalen Eisenbahnverkehrs in der EU durch mehr Wettbewerb und fairen Zugang zur Eisenbahninfrastruktur für alle Betreiber. Am Mittwoch stimmen sie darüber ab. Das "vierte Eisenbahnpaket" würde zudem dazu beitragen, die Kosten zu senken und den Markteintritt für neue Betreiber durch die Einführung von gemeinsamen Zertifizierungsverfahren für Schienenfahrzeuge zu vereinfachen.	
<b>EU-Türkei: Abkommen zur Rücksendung illegaler Einwanderer.</b> . . . . .	14
Illegale Einwanderer aus der EU in der Türkei oder aus der Türkei in der EU müssten im Rahmen einer Vereinbarung zur "Rückübernahme" zwischen der EU und der Türkei, die im Dezember durch beide Parteien unterzeichnet wurde und am Mittwoch im Parlament zur Abstimmung steht, in ihr Heimatland zurückkehren.	
<b>Einfacher ermitteln bei grenzüberschreitender Kriminalität.</b> . . . . .	15
Justizbehörden, die Kollegen in anderen EU-Ländern um Beihilfe bei der Untersuchung von Verbrechen bitten, zum Beispiel bei Hausdurchsuchungen oder Zeugenbefragungen, sollen schneller und hilfreicher unterstützt werden, fordern die Abgeordneten in einem Gesetzentwurf zur neuen Europäischen Ermittlungsanordnung (EEA), über den sie am Donnerstag abstimmen.	
<b>Bestrafung der Kunden, nicht der Prostituierten.</b> . . . . .	16
Prostitution sollte durch die Bestrafung der Kunden, nicht aber der Prostituierten angegangen werden, so steht es in dem Entschließungsentwurf, über den am Mittwoch abgestimmt wird. Mit Blick auf den internationalen Frauentag am 8. März werden die Abgeordneten die Europäische Kommission dazu anhalten, bis Ende 2014 neue Maßnahmen vorzuschlagen, um geschlechterbezogene Gewalt gegen Frauen zu verhindern.	
<b>Weitere Tagesordnungspunkte.</b> . . . . .	17

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Jens POTTHARST	STR: (+33) 3 881 64025 PORT: (+49) 151 172 57 196 EMAIL: <a href="mailto:jens.pottharst@ep.europa.eu">jens.pottharst@ep.europa.eu</a>
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126 EMAIL: <a href="mailto:huberta.heinzel@ep.europa.eu">huberta.heinzel@ep.europa.eu</a>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

## Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)

# Plenartagung

- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)

# Plenartagung

## Debatte über die Situation in der Ukraine

**Die politische Situation in der Ukraine steht am Mittwoch Nachmittag im Mittelpunkt einer Debatte mit Kommissar Füle und dem griechischen Minister Kourkoulas. Die Abgeordneten stimmen am Donnerstag über eine entsprechende Entschließung ab.**

Eine Delegation von 12 Abgeordneten des Parlaments ist am Samstag nach Kiew gereist, um Abgeordnete des ukrainischen Parlaments zu treffen und über weitere Unterstützungsmaßnahmen zu diskutieren.

*Debatte: Mittwoch, den 26. Februar*

*Abstimmung: Donnerstag, den 27. Februar*

*Verfahren: Erklärung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (mit Entschließung)*

*#Euromaidan #Ukraine*

### Weitere Informationen

- [Schlussfolgerungen des Rates zur Ukraine vom 20. Februar](#)
- [Pressemitteilung des EP zur Resolution vom 6. Februar](#)
- [Text der Resolution vom 6. Februar](#)

# Plenartagung

## Tabakrichtlinie vor endgültiger Abstimmung im Parlament

**Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über neue Vorschriften ab, die Tabak weniger attraktiv für junge Menschen machen sollen. Sie fordern in dem bereits mit den Mitgliedstaaten vereinbarten Text, dass Verpackungen von Tabakprodukten künftig zu 65% mit Warnhinweisen bedeckt sein müssen. E-Zigaretten sollen entweder als Arzneimittel behandelt werden, wenn sie als vorbeugendes oder heilendes Erzeugnis beworben werden, oder als Tabakprodukte.**

Die aktuell gültige Gesetzgebung schreibt Gesundheitswarnungen von mindestens 30% der Vorder- und 40% der Rückseite von Tabakverpackungen vor. Der vorliegende Gesetzentwurf würde diesen Anteil auf 65% erhöhen, auf beiden Seiten der Verpackung. Päckchen mit weniger als 20 Zigaretten wären nach den neuen Regeln verboten.

Wie von den Abgeordneten vorgeschlagen würden E-Zigaretten reguliert, entweder als Arzneimittel, wenn sie als vorbeugende oder heilende Produkte dargestellt werden, oder als Tabakerzeugnisse. Werden sie als Tabakprodukt behandelt, darf ihr Nikotingehalt 20 mg/ml nicht übersteigen. Nachfüllbare Kartuschen wären erlaubt.

Eine einzelne Kartusche sollte gleich viel Nikotin enthalten wie eine Packung Zigaretten. Elektronische Zigaretten sollten kindersicher und mit Gesundheitswarnungen versehen sein. Sie würden den gleichen Werbebeschränkungen unterliegen wie Tabakprodukte.

*Abstimmung: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 26. Februar (tbc)*

*#tobacco #TPD*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Tabakrichtlinie](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.01.2014\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Linda McAvan \(S&D, UK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## EU-Hilfen bei Armut: Unterstützung für stark benachteiligte EU-Bürger 2014-2020

**EU-Hilfen für die am stärksten von Armut betroffenen Bürger werden aufgrund der Bemühungen des Parlaments bis 2020 verlängert und weiterhin 3,5 Milliarden Euro umfassen. Eine entsprechende informelle Einigung mit dem Ministerrat steht am Dienstag zur Abstimmung und soll gewährleisten, dass der Fonds unverzüglich voll einsatzfähig ist - rückwirkend zum 1. Januar 2014.**

Das neue Programm für den Zeitraum 2014-2020 ersetzt das Nahrungsmittelhilfeprogramm, über welches die aufgrund der gemeinsamen Agrarpolitik produzierten Lebensmittelüberschüsse an Menschen in Not verteilt worden waren. Der neue Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen soll Unterstützung im Bereich der Lebensmittel und materieller Basisunterstützung leisten und Maßnahmen zur sozialen Eingliederung stark benachteiligter EU-Bürger finanzieren.

*Abstimmung: Dienstag, den 25. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*#FEAD*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zum Fonds für die am stärksten benachteiligten EU-Bürger \(2014-2020\)](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(28.11.2012\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Emer Costello \(S&D, IE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Betrugsbekämpfung: Beschlagnahmung unrechtmäßiger Vermögen soll einfacher werden

**EU-weite Regeln, die es den Mitgliedsstaaten erleichtern sollen, die Vermögenswerte von Kriminellen aufzuspüren, sicherzustellen, zu verwalten und einzuziehen, stehen am Dienstag zur Abstimmung. Heutzutage werden weniger als 1% der Erlöse aus Straftaten wie Drogenhandel, Geldfälschung, Menschenhandel und Kleinwaffenschmuggel eingefroren und beschlagnahmt.**

Der Gesetzentwurf, der bereits informell mit den EU-Regierungen vereinbart wurde, ist Teil einer umfassenden EU-Strategie zur Bekämpfung von Betrug und Korruption. Die neuen Regeln würden es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Vermögenswerte von Kriminellen, darunter Bankguthaben, Immobilien, Fahrzeuge, Vieh, Kunstwerke, Gesellschaftsanteile, Unternehmen und Sammlerstücke, schneller zu identifizieren und rückzuerfolgen und sie EU-weit konsequent einzufrieren, verwalten und konfiszieren zu können.

*Debatte: Montag, den 24. Februar*

*Abstimmung: Dienstag, den 25. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*Pressekonferenz: Dienstag, den 25. Februar um 15:30 oder 16:00 Uhr*

*#crime #confiscation*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(17.12.2013\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Monica Luisa Macovei \(EVP, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## CO2-Emissionen: Umweltfreundlichere Autos bis 2020

**Der CO2-Emissionsgrenzwert für neue, in der EU verkaufte Autos soll von 130g/km im Jahr 2015 auf 95g/km bis zum Jahr 2020 gesenkt werden, so der Gesetzesentwurf, über den am Dienstag abgestimmt wird. Der Text, der bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart wurde, ebnet zudem den Weg für weitere Reduktionen nach 2020 und sorgt für die Einführung eines neuen Abgastest-Protokolls, welches den tatsächlichen Fahrbetrieb besser widerspiegelt.**

Ein Emissionsgrenzwert von 95g/km für das Jahr 2020 ist der maximale zugelassene Durchschnittswert für Autos, die in der EU verkauft werden. Der Wert würde für Hersteller gelten, die pro Jahr mehr als 1.000 Fahrzeuge produzieren.

Für den Fall, dass die durchschnittlichen Emissionen eines bestimmten Herstellers das Ziel überschreiten, würden Sanktionen in Frage kommen, es sei denn, die Überschreitung würde durch besonders geringe Emissionen anderer Modelle ausgeglichen.

*Debatte: Montag, den 24. Februar*

*Abstimmung: Dienstag, den 25. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*#co2 #cars*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Verringerung der CO2-Emissionen neuer Personenkraftwagen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(17.12.2013\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Thomas Ulmer \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)



# Plenartagung

## Abstimmung über lebensrettende Notrufsysteme für Autos

**Notrufgeräte, die Rettungsdienste bei Autounfällen automatisch benachrichtigen, müssen ab Oktober 2015 in allen neuen Auto- und Lieferwagenmodellen installiert sein, so ein Gesetzentwurf, über den am Mittwoch abgestimmt wird. Die sogenannte "eCall"-Technologie würde über die Notrufnummer 112 Rettungskräften ermöglichen, Unfallorte schneller zu erreichen, mehr Leben zu retten und die Anzahl von Verletzten zu reduzieren.**

Jedes Jahr werden Rettungsdienste in der EU zu einer Großzahl von Verkehrsunfällen gerufen. Im Jahr 2012 gab es dabei 28.000 Todesopfer und 1,5 Millionen Verletzte.

Die Vorschriften für die eCall-Installation wurden von der Europäischen Kommission vorgelegt, die damit auf eine entsprechende Entschließung des Parlaments von Juli 2012 reagiert. Die Abgeordneten verdeutlichen, dass das eCall-System eine öffentliche Dienstleistung sei und daher für alle Auto- und Lieferwagenfahrer kostenlos sein müsse.

Ein zusätzlicher Gesetzentwurf zur Einrichtung einer eCall-Infrastruktur würde die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichten, bis Oktober 2015 die Ausrüstung bereitzustellen, die von den Rettungsdiensten benötigt wird, um eCalls empfangen und bearbeiten zu können. Die eCall-Infrastruktur-Vorschriften stehen zur gleichen Zeit zur Abstimmung.

*Debatte: Dienstag, den 25. Februar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung*

*#eCall*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Einführung des bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen](#)
- [Berichtsentwurf zur eCall-Infrastruktur](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(11.02.2014\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Olga Sehnalova \(S&D, CZ\): eCall-System in Fahrzeugen](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Philippe De Backer \(ALDE, BE\): eCall-Infrastruktur](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Einführung des bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(eCall-Infrastruktur\)](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments zu eCall: ein neuer 112-Dienst für Bürger](#)

# Plenartagung

## Versicherungen: Abgeordnete fordern Ende des Kleingedruckten

**Am Dienstag debattiert das Parlament über eine Neufassung der EU-Richtlinie über die Beratung von Versicherungskunden. Die Abstimmung ist für Mittwoch geplant. Die neuen Regeln sollen die bestehenden Vorschriften weiter vereinheitlichen und dazu führen, dass Kunden beim Versicherungskauf nicht mehr durch unfaire oder verfälschte Informationen, Kleingedrucktes oder irreführende Werbeaussagen getäuscht werden.**

Versicherungskäufer sollten unmissverständliche Informationen über die Identität und Kontaktangaben des Versicherungsverkäufers, über die Vertragsverpflichtungen und -risiken sowie die Zahlungsmittel und Prämien erhalten. Die Überarbeitung legt besonderes Augenmerk auf Versicherungen, die in Paketen verkauft werden.

*Debatte: Dienstag, den 25. Februar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung, nur Änderungsanträge*

*#IMD2 #Vermittlerrichtlinie @langen\_werner #insurance*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über Versicherungsvermittlung](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Werner Langen \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Zukunft der Beziehungen zwischen EU und Schweiz

**Am Mittwochmorgen debattieren die Fraktionsvorsitzenden über die Konsequenzen des Schweizer Referendums vom 9. Februar für die Beziehungen zwischen Schweiz und EU. Die Schweizer hatten mit einer Mehrheit von 50,3 Prozent beschlossen, die Einwanderung zu begrenzen.**

Die Regierung der Schweiz hat drei Jahre Zeit, das Ergebnis des Referendums in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Wenn sie nicht einseitig die Abkommen zur Zusammenarbeit mit der EU aufkündigen will, muss sie eine Lösung finden, die mit den im Schengen-Vertrag festgelegten Regeln über die Freizügigkeit vereinbar ist.

Nach einem Referendum im Juni 2005 ist die Schweiz dem Schengen-Gebiet 2008 beigetreten und hat folglich die Grenzkontrollen abgeschafft.

Ungefähr 1,2 Millionen EU-Bürger leben in der Schweiz. Fast 270.000 pendeln jeden Tag in die Schweiz, um dort zu arbeiten. Circa 430.000 Schweizer Staatsangehörige leben in der EU (Quelle: EU-Kommission).

*Debatte: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte*

*#CHvote #Schengen #freemovement #immigration #EU- #Switzerland*

# Plenartagung

## Feierliche Sitzung mit dem tschechischen Präsidenten Miloš Zeman

**Der Präsident der Tschechischen Republik Miloš Zeman wird am Mittwoch um 12:00 Uhr eine Ansprache vor dem Plenum halten. Zeman, der von 1998 bis 2002 Ministerpräsident war, wurde im März 2013 der erste direkt gewählte Präsident der Tschechischen Republik.**

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz wird um 12:30 Uhr eine Pressekonferenz mit Präsident Zeman abhalten.

*Debatte: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Feierliche Sitzung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 26. Februar um 12:30 Uhr*

*#Zeman #CzechRepublic*

### Weitere Informationen

- [Offizielle Website der Präsidentschaft der Tschechischen Republik](#)
- [Interaktive Weltkarte: VIP-Besucher des Europäischen Parlaments](#)

# Plenartagung

## Die EU soll attraktiver für ausländische Studierende und Forscher werden

**Die EU soll bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Studenten, Forscher, Praktikanten, Freiwillige, Schüler und Au-Pairs aus Drittländern schaffen und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten erhöhen, so der Gesetzentwurf, über den das Parlament am Dienstag abstimmt. Die Abgeordneten wollen Forschern und Studenten die Möglichkeit bieten, zusätzliche eineinhalb Jahre in der EU zu bleiben, um ein Unternehmen aufzubauen oder einen Job suchen zu können.**

Sie schlagen zudem engere Fristen für die Genehmigung von Aufenthaltsanträgen vor.

Nach Angaben der Europäischen Kommission wendet Europa jährlich 0,8% des BIP weniger für Forschung und Entwicklung auf als die USA, und 1,5% weniger als Japan. Viele der besten Forscher und Erfinder ziehen demnach in Länder, in denen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für sie gelten.

Die Überarbeitung der derzeitigen EU-Vorschriften würde für ein gerechteres Umfeld sorgen und die EU für Drittstaatenangehörige attraktiver machen, die in der EU forschen, studieren, an einem Schüleraustausch teilnehmen, bezahlte oder unbezahlte Praktika absolvieren, Freiwilligendienste ableisten oder für Au-Pair-Aufenthalte kommen wollen.

Die Abgeordneten schlagen eine 30-tägige Frist für die Mitgliedstaaten vor, über die Anträge solcher Aufenthalte zu entscheiden (die Kommission hatte 60 Tage vorgeschlagen). Die Familienmitglieder von Forschern und Studenten hätten zudem das Recht, ihre Verwandten zu begleiten und im selben Mitgliedstaat zu arbeiten, so der Entwurf.

*Debatte: Montag, den 24. Februar*

*Abstimmung: Dienstag, den 25. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung*

*#EUresearch #EUstudents #innovation*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(unter folgendem Datum: 05.11.2013\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Cecilia Wikström \(ALDE, SE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Bahnreform: Förderung des Personenverkehrs durch Marktöffnung

**Am Dienstag debattieren die Abgeordneten über die Verbesserung des nationalen Eisenbahnverkehrs in der EU durch mehr Wettbewerb und fairen Zugang zur Eisenbahninfrastruktur für alle Betreiber. Am Mittwoch stimmen sie darüber ab. Das "vierte Eisenbahnpaket" würde zudem dazu beitragen, die Kosten zu senken und den Markteintritt für neue Betreiber durch die Einführung von gemeinsamen Zertifizierungsverfahren für Schienenfahrzeuge zu vereinfachen.**

Der Gesetzentwurf würde den Umfang von Dienstleistungsaufträgen verringern, damit kleine oder neue Anbieter von Bahndienstleistungen bessere Chancen als Bieter bekommen. Die neuen Vorschriften würden ebenfalls die Behörden daran hindern, Aufträge ohne Ausschreibung oder angemessene Begründung direkt an bevorzugte Unternehmen zu vergeben.

Des Weiteren würden die Regeln die Zertifizierungs- und Genehmigungsverfahren für Züge rationalisieren und die Verantwortung für solche Verfahren nach und nach der Europäischen Eisenbahnagentur übertragen.

*Debatte: Dienstag, den 25. Februar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 26. Februar um 14 Uhr (tbc)*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(unter folgendem Datum: 17.12.2013\)](#)
- [Berichtsentwurf zur Öffnung des Marktes - Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur](#)
- [Berichtsentwurf zur Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste](#)
- [Berichtsentwurf zur Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union](#)
- [Berichtsentwurf zur Eisenbahnsicherheit](#)
- [Berichtsentwurf zur Europäischen Eisenbahnagentur](#)
- [Berichtsentwurf zur Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Saïd El Khadraoui \(EVP, BE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Mathieu Grosch \(EVP, BE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Izaskun Bilbao Barandica \(ALDE, ES\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Michael Cramer \(Grüne/EFA, DE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Roberts Zile \(EKR, LV\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jaromir Kohlíček \(GUE-NGL, CZ\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Marktöffnung für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Interoperabilität des Eisenbahnsystems\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Eisenbahnsicherheit\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Europäischen Eisenbahnagentur\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen\)](#)

# Plenartagung

## EU-Türkei: Abkommen zur Rücksendung illegaler Einwanderer

**Illegale Einwanderer aus der EU in der Türkei oder aus der Türkei in der EU müssten im Rahmen einer Vereinbarung zur "Rückübernahme" zwischen der EU und der Türkei, die im Dezember durch beide Parteien unterzeichnet wurde und am Mittwoch im Parlament zur Abstimmung steht, in ihr Heimatland zurückkehren.**

Die Regel würde zudem nicht ausschließlich für EU-Staatsangehörige und Türken gelten, sondern auch für Drittstaatsangehörige, die in die EU oder die Türkei über jeweils die Türkei oder die EU einreisen.

*Abstimmung: Mittwoch, den 26. Februar*

*Verfahren: Zustimmungsverfahren*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zum Abkommen zwischen EU und Türkei über die Rückübernahme von Personen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.1.2014\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Renate Sommer \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Einfacher ermitteln bei grenzüberschreitender Kriminalität

**Justizbehörden, die Kollegen in anderen EU-Ländern um Beihilfe bei der Untersuchung von Verbrechen bitten, zum Beispiel bei Hausdurchsuchungen oder Zeugenbefragungen, sollen schneller und hilfreicher unterstützt werden, fordern die Abgeordneten in einem Gesetzentwurf zur neuen Europäischen Ermittlungsanordnung (EEA), über den sie am Donnerstag abstimmen.**

Die EEA-Regeln sollen eine Vereinfachung der Ermittlungen durch Justizbehörden bei der Beweisbeschaffung in einem anderen EU-Land ermöglichen. So sollen französische Justizbehörden, die Verbrecher verfolgen, die sich in Deutschland verschanzt haben, ihre deutschen Kollegen darum bitten können, Hausdurchsuchungen oder Zeugeninterviews durchzuführen. Dies ist schon jetzt möglich, allerdings müssen Ermittler einen Flickenteppich von Vorschriften berücksichtigen, der in vielen Fällen zu ungerechtfertigten Verzögerungen und zusätzlichen Belastungen führt.

*Debatte: Mittwoch, den 26. Februar*

*Abstimmung: Donnerstag, den 27. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

### Weitere Informationen

- [Text der Vereinbarung](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(05.12.2013\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Nuno Melo \(EVP, PT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)



# Plenartagung

## Bestrafung der Kunden, nicht der Prostituierten

Prostitution sollte durch die Bestrafung der Kunden, nicht aber der Prostituierten angegangen werden, so steht es in dem Entschließungsentwurf, über den am Mittwoch abgestimmt wird. Mit Blick auf den internationalen Frauentag am 8. März werden die Abgeordneten die Europäische Kommission dazu anhalten, bis Ende 2014 neue Maßnahmen vorzuschlagen, um geschlechterbezogene Gewalt gegen Frauen zu verhindern.

*Debatte: Montag, den 24. Februar (zu Gewalt und Prostitution)*

*Abstimmung: Dienstag, den 25. Februar (Parvanova) und Mittwoch, den 26. Februar (Honeyball)*

*Verfahren: Gesetzgebungsvorschlag gemäß Artikel 225 AEUV (Parvanova); Nichtlegislative Entschließung (Honeyball)*

*#genderequality #violenceagainstwomen #sexualexploitation*

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf mit Empfehlungen an die Kommission zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Antonyia Parvanova \(ALDE, BG\)](#)
- [Entschließungsentwurf über sexuelle Ausbeutung und Prostitution](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Mary Honeyball \(S&D, UK\)](#)

# Plenartagung

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Lage in Venezuela - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Donnerstag
- Konsequenzen widriger Witterungsverhältnisse in verschiedenen Mitgliedstaaten - Erklärung der Kommission, Debatte Donnerstag
- Visumsfreier Reiseverkehr für Moldauer - Bericht: Tanja Fajon, Abstimmung Dienstag
- Visumsfreier Reiseverkehr für 16 AKP- und andere Staaten - Bericht: Mariya Gabriel, Abstimmung Donnerstag
- Umsetzung der Jugendgarantie - Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Mittwoch
- Lage im Irak - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Mittwoch
- Europäischer Haftbefehl - Bericht: Sarah Ludford, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Barrierefreier Zugang zu Websites öffentlicher Stellen - Bericht: Jorgo Chatzimarkakis (erste Lesung), Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Partnerschaftsabkommen EU-Indonesien über (Forstsektor, Holzprodukte) - Empfehlung: Yannick Jadot, Debatte Mittwoch
- Europäisches Semester - INI-Berichte von De Backer, Gutiérrez Prieto, Cofferati, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Grundrechte in der Europäischen Union (2012) - Bericht: Louis Michel, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Abgaben für Privatkopien - Bericht: Françoise Castex, Debatte und Abstimmung Donnerstag
- Ernennung eines Mitglieds des Europäischen Rechnungshofs - Oskar Herics (AT) - Bericht: Inès Ayala Sender, Abstimmung Dienstag
- Gartenbau - Bericht: Anthea McIntyre (INI), Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Pflanzenzucht - Bericht: Marit Paulsen (INI), Abstimmung Dienstag
- Gemeinschaftsmarke - Bericht: Cecilia Wikström (erste Lesung), Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität von Gabriele Albertini - Bericht: Bernhard Rapkay, Abstimmung Dienstag
- Antrag auf Aufhebung der Immunität von Tadeusz Cymański - Bericht: Dimitar Stoyanov, Abstimmung Dienstag
- Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten - Empfehlung: Pervenche Berès, Abstimmung Mittwoch
- Gemeinsames Mehrwertsteuersystem - Bericht: Ivo Strejček, Abstimmung Mittwoch
- Einsatz bewaffneter Drohnen - Erklärungen des Rates und der Kommission (mit Entschliessung), Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Gemeinsames Europäisches Kaufrecht - Bericht: Klaus-Heiner Lehne, Luigi Berlinguer (erste Lesung), Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Die Inselgruppe Spitzbergen und ihre Fischereiresourcen - Anfrage zur mündlichen

# Plenartagung

Beantwortung, Debatte Mittwoch

- Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe - Bericht: Michèle Striffler, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag

- Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) - Bericht: Agustín Díaz de Mera García Consuegra (erste Lesung), Debatte Montag, Abstimmung Dienstag